



vlbs fordert BBS-Schulversuch zur Digitalisierung (BBS 4.0) und legt 5-Punkte-Plan zur Umsetzung der Digitalisierung vor

(Harry Wunschel) Die Digitalisierung an berufsbildenden Schulen verändert in allen Fachbereichen nicht nur Unterrichtsmedien und -methoden, sondern auch die Lerninhalte.

Damit unterscheidet sich die Digitalisierung an berufsbildenden Schulen deutlich von den Entwicklungen an den allgemeinbildenden Schulen.

Deshalb benötigt unsere Schulart eine besondere Unterstützung, die sich nicht nur auf wenige Leuchtturmprojekte beschränken darf.

In absehbarer Zeit werden alle Schulen in Rheinland-Pfalz vom Bund jährlich für 5 Jahre mit fast 50 Mio. Euro für den Breitbandausbau, WLAN und Access-Points sowie mit einem gewissen Anteil für Endgeräte unterstützt.

Stehen heute noch 38 Prozent der BBS weniger als 50 Mbit/s zur Verfügung, sollte zukünftig in allen Schulen eine ähnlich hochwertige Breitbandversorgung vorhanden sein.

Voraussetzung für den Erhalt der Fördergelder sollen eigene Medienkonzepte der Schulen sein, die auch auf den Fortbildungsbedarf der Lehrkräfte eingehen. Für die Kommunikation mit dem Schulträger soll wohl eine Lehrkraft, die kein Schulleitungsmitglied ist, eine Anrechnungsstunde bekommen.

Ziel des Landes ist es, dass jede Schule für die Administrierung der Geräte einen „Medienkoordinator“ erhält, der keine Lehrkraft ist. Dafür unterstützt das Land die Schulträger jährlich mit zusätzlich ca. 3 Mio. Euro. Für den Ausbau von Schulcampus werden zusätzlich Stellen im PL geschaffen, Office-Lizenzen sollen in Zukunft landesweit zur Verfügung stehen.

Die Entwicklungen zeigen eindeutig in die richtige Richtung, jedoch sollten

die besonderen Bedürfnisse der BBS beachtet werden.

Für die berufliche Bildung werden neue digitale Geräte benötigt, Software für die berufliche und allgemeine Bildung muss landesweit zur Verfügung stehen, besonders hochwertige Fortbildungen für Lehrkräfte müssen gesichert und digitale Unterrichtsbausteine für alle Fachbereiche entwickelt werden.

Die Digitalisierung darf nicht nur in wenigen Teilbereichen einer Schule umgesetzt, sondern muss umfassend vorangetrieben werden. Wir müssen unsere Schülerinnen und Schüler auf Augenhöhe mit der Wirtschaft ausbilden und die Themen der Digitalisierung in unsere vielfältigen Bildungsabschlüsse stärker verankern.

Der vlbs fordert deshalb für einen BBS-Schulversuch (BBS 4.0) im neuen Doppelhaushalt zusätzlich mindestens 500.000 Euro jährlich einzuplanen.

Damit soll sichergestellt werden, dass Lehrkräfte nicht die anstehenden Zusatzaufgaben wieder ohne Ausgleich im Rahmen der ungebundenen Arbeitszeit erledigen müssen. Ein solcher Schulversuch wurde vom Bildungsministerium selbst im Abschlussbericht zu BS 20 gefordert.

Aufgrund des Alters unserer Schülerinnen und Schüler sind digitale Endgeräte meist vorhanden. Wir können uns deshalb für den Unterricht auf ein **BYOD-System (Bring Your Own Device)** stützen.

Für spezifische Fachanwendungen ist es allerdings erforderlich, auf ähnlich ausgestattete Endgeräte zurückgreifen zu können. Die Schulträger sollten diese Geräte den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stellen oder ein Ausleihsystem, ähnlich der Schulbuchausleihe, sicherstellen.

Es sollte in allen Schulformen zumindest die Vermittlung digitaler (Grund-)Kompetenzen in den Lehrplänen verankert sein.

Dazu gehören zum Beispiel der Umgang mit digitalen, technischen Assistenzsystemen im Haushalt oder ein sicherer Umgang mit E-Government-Online-Angeboten (elster, online-Formulare, ...).

Unterricht in der digitalen Welt wird sich deutlich verändern, wobei jedoch weiter das Primat der Pädagogik gelten muss.

Bei der Vermittlung digitaler Kompetenzen nimmt die Lehrperson weiterhin eine zentrale, aktive Rolle im Unterricht ein. Selbst in Phasen des selbstgesteuerten Lernens müssen für die Lerngruppen immer fachkompetente Lehrkräfte ansprechbar sein.

Die obigen Gedanken finden Sie im 5-Punkte-Plan des vlbs zur Umsetzung der Digitalisierung an BBS, den sie unter www.vlbs.org herunterladen können.

Die Ideen sollen zur Diskussion anregen und sind nicht abschließend. Ich freue mich über Rückmeldungen an harry.wunschel@vlbs.org.

In dieser Ausgabe:

vlbs fordert BBS-Schulversuch zur Digitalisierung (BBS 4.0) und legt 5-Punkte-Plan zur Umsetzung der Digitalisierung vor	Titelseite
Zukunft beruflicher Gymnasien, Initiative Berufsbildung 4.0. Brauchen wir eine DBOS II? Vertreterinnen und Vertreter von SPD und vlbs im Gespräch	Seite 42 bis 43
IN KÜRZE	Seite 43
Bezirksverband Koblenz: vlbs-Personalräte-AG an der BBS Wissen Weihnachtsgruß	Seite 44

Zukunft beruflicher Gymnasien, Initiative Berufsbildung 4.0 Brauchen wir eine DBOS II?

Vertreterinnen und Vertreter von SPD und vlbs im Gespräch



An dem Gespräch nahmen von Seiten der SPD-Landtagsfraktion teil: Bettina Brück, Johannes Klomann, Giordina Kazungu-Haß. Von Seiten des vlbs nahmen teil: Christoph Ringhoffer, Andrea Wagner, Harry Wunschel, Willi Detemple, Markus Penner, Hildegard Küper.

(MP) Zentrale Themen des Gesprächs zwischen Vertreterinnen und Vertretern des vlbs-Landesvorstandes und der SPD-Landtagsfraktion waren die Abiturangebote an BBS und die Berufsbildung 4.0.

Weiterhin wurde das Problem fehlender Lehrkräfte mit beruflichen Fächern und die Möglichkeit zum Wechsel in das Amt der Fachlehrkraft mit beratenden Aufgaben (FLmbA) angesprochen.

Beim Thema der beruflichen Gymnasien und speziell dem Berufsabitur (DBOS II) als neues Bildungsangebot, an dem sich die bildungspolitische Sprecherin der SPD, Bettina Brück, sehr interessiert zeigte, schilderte Harry Wunschel zunächst, dass der Wunsch nach einem Berufsabitur von den Kammern herangetragen wurde.

Erfahrungen aus anderen Bundesländern liegen eher spärlich vor. Für Harry Wunschel ist es ohnehin ungewiss, ob sich für ein DBOS II-Angebot im Abendunterricht genügend Schülerinnen und Schüler in stabiler Klassenstärke finden werden, denn die Hochschulreife kann über verschiedene Möglichkeiten erreicht werden und die der DBOS II wäre nur eine weitere.

Hildegard Küper ist der Überzeugung, dass die Schülerinnen und Schüler allein schon mit ihrer Ausbildung sehr belastet seien. Mit dem Angebot, zeitgleich das Abitur machen zu können, werde die Belastung deutlich erhöht. Am Beispiel der DBOS I zeige sich, dass neben der Berufsausbildung noch Abendunterricht an zwei Tagen, Hausaufgaben und Lernen hinzukämen.

Giordina Kazungu-Haß befürwortet eine attraktivere Berufsausbildung, sieht aber die Gefahr, dass erfolgreiche DBOS II-Absolventinnen und Absolventen anschließend ein Studium beginnen und so nicht mehr für die Arbeitswelt und die Betriebe zur Verfügung stehen würden.

Auch Willi Detemple zeigte sich skeptisch, denn schon die BOS I hätte es sehr schwer, nicht allein wegen der Konkurrenz zur FOS an der RS+. Zudem werde die Anzahl von Schülerinnen und Schüler im beruflichen Gymnasium geringer. So gebe es mittlerweile keine Wartelisten und auch keine Nachrücker mehr.

Alle die sich für das berufliche Gymnasium bewerben, könnten zurzeit aufgenommen werden. Für die Kammern sei ein weiteres Angebot von Interesse, denn somit könnten sie die Berufsausbildung attraktiver machen, so der stellvertretende Landesvorsitzende.

Durch die Ausweitung der Fachrichtungen an den FOS, so Bettina Brück, bestehe natürlich auch die mögliche Gefahr einer Konkurrenz für die BBS. Sie werde sich die Entwicklung genau anschauen und sich die entsprechenden Zahlen geben lassen, da sie wissen möchte, welche Auswirkungen die durchaus notwendigen Fachrichtungsänderungen der FOS auf die benachbarten Schulen haben werden.

Für Harry Wunschel ist es unstrittig, dass die FOS „Löcher“ in die BBS reißen, speziell in die beruflichen Gymnasien. Gerade diese seien für die BBS besonders wichtig.

Zudem äußert Willi Detemple die Befürchtung, dass durch die Ausweitung der FOS die Attraktivität des beruflichen Gymnasiums deutlich sinken werde und somit auch die Schülerzahlen.

Zum Thema Initiative Berufsbildung 4.0 und Implementierung der Anforderungen von Industrie 4.0 in die Bildungsgänge der BBS ist Bettina Brück in Bezug auf Ausstattung und Lehrkräfte der Auffassung, man solle das Vorbild aus Baden-Württemberg nicht 1:1 auf Rheinland-Pfalz über-

tragen. Dort seien die Strukturen andere und man dürfe den Blick nicht allein auf die Industrie lenken, sondern alle Berufszweige, also auch Handwerk, Wirtschaft, Verwaltung, Pflege/Medizin etc., berücksichtigen.

Sie sei allerdings der Meinung, dass die Schulen, inklusive der berufsbildenden Schulen, in Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg wären. So würden zum Beispiel die Landkreise in Kürze mit schnellem Internet ausgestattet sein und es gäbe bereits heute etliche Leuchtturmprojekte digitaler Ausstattung und Kompetenz an den berufsbildenden Schulen.

Giordina Kazungu-Haß ergänzte, es dürften bei der Initiative Berufsbildung 4.0 nicht nur die großen Betriebe beteiligt sein, sondern auch die mittleren und kleinen, von denen es in Rheinland-Pfalz zahlreiche gebe.

Für Christoph Ringhoffer sind zwar die Strukturen in Rheinland-Pfalz andere, aber die Vorgehensweise vergleichbar. Er sieht drei Punkte als besonders wichtig an: So benötige Rheinland-Pfalz Leuchtturmprojekte mit Strahlkraft und diese sollten nicht nur in den Oberzentren entstehen.

Des Weiteren bräuchten die BBS eine digitale Grundausstattung, denn für die Arbeit nach der Ausbildung müssten junge Menschen umfassend qualifiziert werden und dazu gehöre selbstverständlich auch der Umgang mit modernen Medien.

Der dritte Punkt sei die Weiterbildung der Kolleginnen und Kollegen, denn die Hardware sei nichts ohne die Brainware. Derzeit gäbe es auch im digitalen Bereich zu wenig Weiterbildungsangebote für die Lehrkräfte an BBS, so der Landesgeschäftsführer.

Nach Auskunft von Harry Wunschel gibt es in Kaiserslautern eine digitale Lernfabrik an der Universität Kaiserslautern, welche über den gemeinnützigen Verein „Smart Factory^{KL}“ als Kompetenzzentrum aufgebaut wurde.

Während dort immer mehr Weiterbildungsangebote für den Mittelstand angeboten werden, können immer weniger Lehrkräfte diese Möglichkeit nutzen, da das Bildungsministerium keine finanzielle Unterstützung leistet. Es wäre geschickt, digitale Lernzentren in allen Regionen des Landes aufzubauen, wofür Land und Schulträger zusammenarbeiten müssten.

IN KÜRZE

(MP) In der Diskussion um die Digitalisierung an Schulen wird der Lehrfilm als etabliertes Lernmedium oft vergessen. Bei den zuständigen Medienzentren können Schulen Filme und andere Lehrmittel anfragen. Dabei hat sich die Art des Mediums in kurzer Zeit stark verändert. „Vor 15 Jahren waren wir überrascht, wie viele Lehrkräfte noch Videokassetten statt DVDs nachgefragt haben. Mittlerweile ist der Online-Zugriff auf Lehrvideos möglich. Ein Problem ist jedoch, dass viele Lehrkräfte von dieser Möglichkeit gar nicht wissen.“, erzählt Anita Stangl, Geschäftsführerin des Anbieters von audiovisuellen Lehrmitteln „MedienLB“. Wichtig beim Einsatz von Videos sei das Begleitmaterial. Private Anbieter erarbeiten zu den Videomaterialien Aufgabenblätter und interaktive Aufgaben, die sich zum Beispiel an mobilen Geräten oder an Whiteboards bearbeiten lassen. Generell empfiehlt Stangl, Filme immer in klar begrenzten kurzen Einheiten einzusetzen und die vermittelten Inhalte zum Beispiel durch die Bearbeitung von Aufgaben zu vertiefen. Gerade in Kombination mit interaktiven Aufgaben seien audiovisuelle Lehrmittel sehr sinnvoll.
Quelle: Bildungsklick, didaktaDIGITAL, 08.11.2018

Erstmals nach 1994 ist die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen höher als die Zahl der gemeldeten Bewerber. „Allerdings haben regionale, berufliche und qualifikatorische Ungleichgewichte weiter zugenommen.“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit (BA), Detlef Scheele. Von Oktober 2017 bis September 2018 wurden insgesamt 565.300 Berufsausbildungsstellen gemeldet. Nach Angaben des DIHT, des Handwerkskammertages sowie der Kammern der Freien Berufe wurden bis zum 30. September 2018 insgesamt 489.000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Bewerber fehlen vor allem für Hotel- und Gaststättenberufe sowie für viele Handwerksberufe, z.B. im Lebensmittelhandwerk und im Lebensmittelverkauf, in Bau- und baunahe Berufen, in Metallberufen und Berufen der Energietechnik. Im Gegensatz dazu gab es viel weniger Ausbildungsstellen als Bewerber zum Beispiel im Tischlerhandwerk, in der Informatik, in der Kfz-Technik, Büro- und Verwaltungsberufen oder in der (Zahn-)Medizinischen Fachassistenz. Zum 30. September 2018 waren insgesamt noch unbesetzte 57.700 Ausbildungsstellen zu vermitteln. Zeitgleich waren 24.500 Bewerber noch unverorgt. *Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Presseinfo Nr. 29, 30.10.2018*

Dies könnte im Rahmen eines Schulversuches BBS 4.0 digital erfolgen.

Für Bettina Brück stellt sich dabei die Frage, wann das Geld für den Digitalpakt endlich an die Schulen komme. Dieses hilft ihrer Ansicht nach den Schulen weiter, die Voraussetzungen für eine gute Qualifikation der Lehrenden zu schaffen.

Auch für Giordina Kazungu-Haß ist der Ausbildungsbereich wichtig. Allerdings nicht in der Form, dass an den BBS eine Grundausbildung stattfindet und in den Betrieben die Spezialisierung erfolgt. Dies kann ihrer Ansicht nach bei einem Betriebswechsel problematisch sein, da dort andere Spezialisierungen gefordert sein könnten.

Zum Thema der Einweisungsmöglichkeiten in das Amt der Fachlehrkraft mit beratenden Aufgaben berichtete Willi Detemple vom Brief der Fachausschussvorsitzenden der Lehrkräfte für Fachpraxis, Brigitte Defren, der die Grundlage für die aktuelle Diskussion sei. Lange Zeit gab es keine Antwort auf die Frage nach der Anzahl der offenen Stellen. Erst aufgrund des Briefes an die Ministerin kam heraus, dass es sich um 28 Stellen handele.

Dem vlbs sei es wichtig, dass diese offenen Stellen bis zum 01.05.2019 ausgeschrieben werden, damit die Einweisungen zum 01.08.2019 erfolgen könnten. Zuvor müsse aber noch ein landesweit einheitliches Auswahlverfahren entwickelt werden.

In diesem Zuge berichtete Andrea Wagner von großem Unmut in den Kollegien über die offenen Stellen. Zudem werde sich die Stellenzahl noch weiter erhöhen, da zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis eingestellt würden.

Hinzu komme, so Hildegard Küper, dass die Schülerzahlen im BVJ und der BF stabil seien und viele Kolleginnen und Kollegen in den kommenden Jahren in Pension gehen würden. Wenn dann noch die ohnehin knappen Beförderungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft würden, sei das sehr demotivierend.

Bettina Brück versichert, sich um dieses Problem zu kümmern.

Im BVJ sieht Giordina Kazungu-Haß für Schülerinnen und Schüler nicht selten eine letzte Chance zum Erlangen eines erfolgreichen Schulabschlusses.

Um genau diese Chance zu erhalten und zu verbessern, müsse auch endlich die Reform des BVJ vorankommen, so Hildegard Küper.

Mit seinen Vorschlägen zur Lehrkräftegewinnung kommt der vlbs laut Harry Wunschel nicht wirklich weiter. Nach wie vor fehlten Lehrkräfte mit beruflichen Fächern. Es sei beispielsweise sinnvoll, neue Studiengänge, wie den Studiengang Sozialpädagogik auf Lehramt, in Rheinland-Pfalz einzuführen, um weitere Anreize zu schaffen.

In diesem Zusammenhang wies Willi Detemple auf die Problematik mit dem Zweitfach hin. So seien schon Studierende mit dem Erstfach Bautechnik und dem Zweitfach Geografie an der Höchstzahl für Geografie gescheitert, obwohl sie in Bautechnik dringend benötigt würden.

Bettina Brück sah das ähnlich, schließlich müssten die Bemühungen zur Lehrkräftegewinnung langsam sichtbar sein. Gleichwohl gab sie zu bedenken, dass es noch etwas dauern werde, bis die Studentinnen und Studenten ihr Studium erfolgreich abgeschlossen hätten.

Überdies sei es schwierig, eine richtige Studierempfehlung bezüglich der Fächerkombinationen zu geben.

Um das sich anschließende Referendariat attraktiver zu machen, sollten finanzielle Anreize geschaffen werden, so Harry Wunschel. Dadurch könne dem Finanzierungsproblem während der Ausbildung besser begegnet werden, denn viele angehende Lehrkräfte hätten z.B. schon Familie, gerade im Quer- und Seiteneinstieg.

Der Seiteneinstieg sei häufig durch einen Abbruch der Ausbildung gekennzeichnet, ergänzt Hildegard Küper. Diese finanziell attraktive Ausbildungsmöglichkeit werde aber nur in Mangelfächern angeboten.

Christoph Ringhoffer betonte, dass der vlbs durch eine unterschiedliche Bezahlung keinen Keil in die Referendarausbildung treiben möchte. Es gebe aber nun mal für bestimmte Mangelfächer eine Ausnahmesituation, die besetzt werden müsse.

Die spezielle Situation an den Seminaren ist durch die rückläufige Zahl an Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern bei gleichzeitig hohen Gesamtausbildungszahlen gekennzeichnet. Dies liegt laut Willi Detemple an den vielen Referendarinnen und Referendaren mit zwei allgemeinbildenden Fächern. Nicht alle bekämen nach erfolgreicher Ausbildung eine Stelle.

Zum Abschluss bedankte sich der Landesvorsitzende Harry Wunschel bei der bildungspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Bettina Brück für das offene Gespräch.

Bezirksverband Koblenz: vlbs-Personalräte-AG an der BBS Wissen

(Thorsten Hachmer, Andreas Hoffmann) Mehrarbeitsverordnung, Dienstordnung für Lehrkräfte, Beurteilungen: Örtliche Personalräte und Stufenvertreter aus dem BV Koblenz trafen sich am 29.10. zum Informationsaustausch.



Thorsten Hachmer:
Mitglied im HPR BBS

Die Arbeitsgemeinschaft der Personalräte des BV Koblenz ist ein Dialog- und Kommunikationsforum der Stufenvertreter aus Haupt- und Bezirkspersonalrat mit den vlbs-Mitgliedern der Örtlichen Personalräte, um aktuelle

Brennpunktthemen aus der Personalratsarbeit und den Sachstand der Diskussionen mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und dem Bildungsministerium zu erörtern.

Durch das Konzept wechselnder Tagungsorte möchte der BV ein klares Signal für den Erhalt der beruflichen Bildungsstrukturen in der Fläche des nördlichen Rheinland-Pfalz setzen und die vlbs-Kolleginnen und -Kollegen in ihrer Arbeit vor Ort unterstützen.

Die BBS in der Fläche sind - unabhängig von der Diskussion über die Entwicklung der Schülerzahlen - begünstigende Wirtschaftsfaktoren und Chancegeber für junge Menschen in den Regionen und sollten den Lehrkräften vor Ort bildungsförderliche Arbeitsbedingungen ermöglichen.

Nach Kurzberichten aus dem Haupt- und Bezirkspersonalrat durch Thorsten Hachmer und Andreas Hoffmann entwickelte sich schnell eine lebhaft Diskussionsrunde mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über den Umgang mit der neuen Mehrarbeitsverordnung, die in ihrer Umsetzung an den Schulen weiterhin viele Fragen offenlässt.

Insbesondere die Auswirkungen der Mehrarbeitsverordnung für bezahlte Mehrarbeit von Lehrkräften mit PES-Verträgen wurde unter allen Anwesenden ausführlich diskutiert.

Ein weiterer Schwerpunkt war die neue Verfahrensweise der möglichen ADD-Plausibilitätsprüfung im Rahmen der A13/A14-Beförderungen. Andreas Hoffmann erläuterte hierzu, dass insbesondere der lange Zeitraum zwischen den beurteilungsrelevanten Unterrichtsbesuchen und der Eröffnung der dienstlichen Beurteilung durch den Bezirkspersonalrat ein Problem darstelle.

So reichen die Schulleiter und Schulleiterinnen die dienstlichen Beurteilungen bis spätestens 16.11.2018 bei der ADD ein. Weil die ADD eine gewisse Zeit für ihre Plausibilitätsprüfungen benötigt, sollen die Kolleginnen und Kollegen die Ergebnisse erst ab dem 21.01.2019 erfahren.

Derzeit wird im Bildungsministerium an der Neufassung einer schulartübergreifenden Dienstordnung für Lehrkräfte gearbeitet. Thorsten Hachmer berichtet von den Einwänden des HPR zur Vorlage des BM: Aufgrund der Größe und der Vielfalt der Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen ist der geplante Wegfall des dritten Mitglieds der engeren Schulleitung nicht akzeptabel.

Selbst beim Erhalt der Anrechnungsstunden zur Vergabe im Führungskreis der Schulen ist es im Hinblick auf die Qualitätsentwicklung sicherlich nicht zielführend, den sowieso stark belasteten Schulleitungsmitgliedern auch noch die vielfältigen Aufgaben der zweiten Stellvertreterin / des zweiten Stellvertreters der Schulleiterin / des Schulleiters zu übertragen.

Zukünftig sollen nach Entscheidung der Schulleitung Lehrkräfte bis zu

drei Tage vor Beginn eines neuen Schuljahres zum Dienst in der Schule verpflichtet werden können.

Nach Auffassung des HPR und des BPR sollte die Entscheidung über eine solche Dienstverpflichtung im Einver-



Andreas Hoffmann:
Mitglied im BPR BBS

nehmen mit dem ÖPR getroffen werden, um eine zielführende Gestaltung des Konferenzprogramms sicherzustellen, die alle Beteiligten mit ihren spezifischen Interessen einschließt.

Ein bedeutsames Anliegen der Personalräte-AG des Bezirksverbandes Koblenz ist immer die Diskussion aktueller, mitbestimmungsrechtlicher Fragestellungen der Personalratsmitglieder. So wurde diesmal ausführlich über die Verteilung von Anrechnungsstunden für besondere schulische und außerschulische Belastungen an PES-Lehrkräfte und die mitbestimmungsrechtlichen Aspekte des Fortbildungsmanagements an den Schulen gesprochen. Weiterhin wurden mögliche Beschulungsmodelle für Schülerinnen und Schüler der BF 1 ohne Praktikumsplatz erörtert, die einen effizienten Lehrkräfteeinsatz bei angemessener Arbeitsbelastung für die in diesen Klassen eingesetzten Kolleginnen und Kollegen ermöglichen.

Die nächste Personalräte-AG des Bezirksverbandes Koblenz findet am 08. April 2019 um 15.30 Uhr an der BBS Julius-Wegeler-Schule in Koblenz statt.

vlbs-aktuell

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705. Webseite: www.vlbs.org

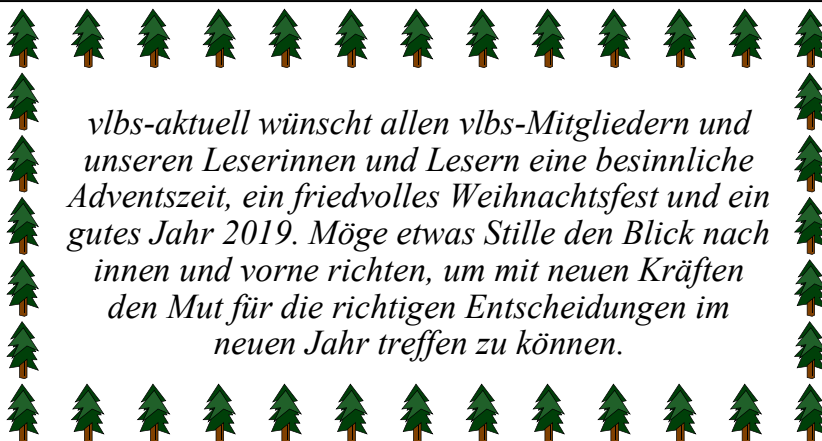
Vorsitzender: Harry Wunschel, Etiennestraße 9, 67657 Kaiserslautern, Telefon 0631-97993, Harry.Wunschel@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout: Markus Penner, Römerstraße 10, 55411 Bingen, Telefon 06721-400834, Markus.Penner@vlbs.org.

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. – Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Druck: johnen-druck, In der Bornwiese, 54470 Bernkastel-Kues.

vlbs-aktuell erscheint einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.



vlbs-aktuell wünscht allen vlbs-Mitgliedern und unseren Leserinnen und Lesern eine besinnliche Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2019. Möge etwas Stille den Blick nach innen und vorne richten, um mit neuen Kräften den Mut für die richtigen Entscheidungen im neuen Jahr treffen zu können.